

Redebeitrag zum gemeinsamen Antrag von SPD, PDS, FDP und GRÜNEN zur Einrichtung von Bürgergemeinschaftsanlagen in Chemnitz von Volkmar Zschocke (GRÜNE)

Stadtrat vom 14.06.2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

Die Bürgersolaranlage Chemnitz ist keine fixe Idee. Seitdem wir am 13. April 2006 den Ihnen heute vorliegenden Antrag einreichten, ist viel passiert:

Am 24. Mai fand mit Unterstützung des Umweltamtes eine erste Informationsveranstaltung statt. Über 50 Bürger folgten der Einladung ins Rathaus. Das große Interesse an dem Vorhaben schlug sich in einer Vielzahl konkreter Interessenbekundungen zur Beteiligung an einer ersten Anlage nieder, darunter auch Landespolitiker wie zum Beispiel Johannes Gerlach und andere.

Am 30. Mai bestätigten 13 Bürger als Gründungsmitglieder der Bürgersolaranlage Chemnitz GbR den Gesellschaftervertrag und bestellten die Geschäftsführung. Zweck der Gesellschaft ist, mit einer Photovoltaikanlage - geplant mit 30 Kilowatt Spitzenleistung - auf einer öffentlichen Dachfläche Strom zu erzeugen. Investitionskosten: maximal 150.000 Euro.

Inzwischen liegen dafür konkrete Beteiligungsabsichten von ca. 50 Bürgern für ca. 90 Prozent der Anteile vor. Eine Beteiligung ist ab 1.000 EUR weiterhin noch möglich. Auch halbe Anteile können gezeichnet werden. Ziel ist, bis Ende Juni die restlichen Anteile einzuwerben, denn für eine noch in 2006 errichtete Anlage sichert das Erneuerbare Energien Gesetz eine garantierte Vergütung von knapp 52 Cent pro Kilowattstunde - und das über 20 Jahre.

Ende Mai wurde ein gebührenfreies Konto bei der Volksbank Chemnitz eröffnet werden. Wirtschaftlichkeitsanalysen liegen vor, Formulare für weiter Beitritte, ein Faltblatt sowie eine Internetseite wurden entworfen. Die Freie Presse berichtet bereits vier mal über das Vorhaben, aber auch Morgenpost, Amtsblatt und Blitzpunkt.

Die nächste Etappe ist die heutige Entscheidung des Chemnitzer Stadtrates über die kostenneutrale Bereitstellung einer kommunalen Dachfläche. Favorisiert wird das Depotgebäude des Industriemuseums. Ist auch diese Hürde genommen, können die erforderlichen Verträge für Dachnutzung, Versicherung und Anlagenbetrieb unterzeichnet werden. Ziel ist, im Juli 2006 konkrete Angebote zum Anlagenerwerb einzuholen, so dass im August 2006 die Entscheidung und Errichtung erfolgen kann. Die Organisation erfolgt ehrenamtlich, denn entgegen

von Solarfonds großer Unternehmen werden Bürgersolaranlagen von Bürgern für Bürger organisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz etwas zu den einzelnen Beschlusspunkten sagen:

1. Einbeziehung Stadtwerke: Das ist selbstverständlich, ohne die Stadtwerke funktioniert die Einspeisung ins öffentliche Netz nicht, aber auch das eine oder andere Anschlussproblem kann sich konkret vor Ort ergeben, welches nur mit Hilfe der Stadtwerke gelöst werden kann

2. Abwicklung der Finanzierung über die Sparkasse: Dieser Prüfauftrag ist eventl. für die Zukunft interessant, für das konkrete Vorhaben jedoch nicht mehr relevant, da hier bereits die Volksbank Chemnitz als Partner gefunden wurde. Dieser Punkt kann heute entfallen und ich ziehe ihn, soweit kein Widerspruch von den anderen Antragstellern kommt, hiermit zurück.

3. Koordination der Aktivitäten, soweit erforderlich, über das Umweltamt: Diese Verpflichtung hat die Stadt sowieso, denn sie ist 1992 dem "Klimabündnis" beigetreten, um vor dem Hintergrund drohender globaler Klimaveränderungen einen lokalen Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre zu leisten. Ein wesentliches Ziel ist die Reduzierung des aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultierenden Kohlendioxids. Deshalb besteht die dringende Notwendigkeit, ein Maßnahmenbündel zu Reduktion der CO₂-Emissionen zu entwickeln. Dies kann die Stadt Chemnitz nicht allein, sondern nur gemeinsam mit ihren Einwohnern, Initiativen, Organisationen und Unternehmen. Die Etablierung von Bürgersolaranlagen ist ein sinnvoller Teil dieses Maßnahmenbündels.

4. Kostenneutrale Bereitstellung geeigneter Dachflächen: Das ist der Kern des heutigen Antrages. In zahlreichen Kommunen – auch in Sachsen - wurden in Zusammenarbeit von Stadt und Bürgern vergleichbare Anlagen entwickelt. Diese werden in der Regel pachtfrei auf kommunalen Gebäuden betrieben. In Dresden zum Beispiel regelt ein Mustervertrag die Gestattung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden mit Betreibern unterschiedlicher Rechtsformen. Durch die Landeshauptstadt wird grundsätzlich für die Dachnutzung kein Entgelt erhoben – das ist auch die Zielstellung von Punkt vier des Antrages.

5. Amtsblatt und städtischer Internetauftritt: Wie gesagt, das Amtsblatt berichtete bereits. Eine Internetseite zur Bürgersolaranlage ist in Arbeit. Es wäre schön, wenn auf www.chemnitz.de darauf verwiesen werden könnte.

Meine Damen und Herren,

Eine der größten Bürgersolaranlagen in Dresden mit 28,6 kWp steht auf dem Dach einer städtischen Schule. Ein Dresdner Unternehmen hat die Anlage geplant und hergestellt, sie wurde von lokalen Handwerkern installiert. Wir reden hier also auch über regionale Wirtschaftspolitik. Die Solaranlage deckt den durchschnittlichen Strombedarf von 10 Familien und vermeidet jährlich die Emission von 20 t Kohlendioxid. Und so ganz nebenbei bietet die Anlage den Schülern die Möglichkeit, sich im Unterricht mit der Technik solarer Stromerzeugung vertraut zu machen.

Klimaschutz durch CO₂ –Vermeidung, Wirtschaftsförderung durch Beauftragung lokaler Industrie und Dienstleister und Umweltpädagogik – dies könnten wir mit der ersten Bürgersolaranlage am Industriemuseum und weiteren Anlagen auch in Chemnitz erreichen.

Wir beantragen nicht, dass die Stadt Bürgersolaranlagen organisieren soll. Aufgabe der Stadt soll sein, Initiativen, die so etwas machen wollen, beratend zu unterstützen, Dächer zu benennen, die sich als Standort eignen und einen Gestattungsvertrag vorzubereiten, der die Fragen der kostenfreien Nutzung, der Haftung, des Unterhaltes und natürlich auch die Frage eines möglichen Rückbaus regelt. Für die Stadt entstehen, außer dem Verwaltungsaufwand – keinerlei Kosten. Auf der Habenseite könnte die Stadt und z. B. auch das Industriemuseum aber einen kräftigen Imagegewinn verbuchen.

Für die Bürger, für die Initiativen und Mittelständler, die sich für die Solarkraft engagieren, wäre es ein positives Signal, wenn heute eine breite Mehrheit für den Antrag zustande käme.

Vielen Dank